



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

39. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 12. März 1986

Nummer 17

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
203010	5. 2. 1986	VwVO d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Ordnung der Laufbahn des gehobenen Bankdienstes in den Geschäftsbereichen des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen	240
20313	27. 1. 1986	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern an Bildschirmgeräten	240
20331	31. 1. 1986	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Arbeiter vom 16. März 1977	242
2127	3. 2. 1986	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Todesbescheinigung	242
2128	4. 12. 1985	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nichtraucherschutz in Diensträumen	269
26	3. 2. 1986	RdErl. d. Innenministers Grundsätze für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis und die Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status arbeitslos gewordener ausländischer Arbeitnehmer	243
770 772	4. 2. 1986	RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Zusammenstellung der Bauartzulassungen nach § 19 h Abs. 1 Satz 2 Wasserhaushaltsgesetz	243
78420	31. 1. 1986	RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Qualitäts- und Melkberatungsdienst im Rahmen der Güteverordnung Milch	266

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Innenminister	
31. 1. 1986	Bek. - Anerkennung von Tragkraftspritzen, Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen für Feuerwehren	266
4. 2. 1986	Bek. - Bezeichnung von Unternehmen nach § 657 Abs. 1 Nr. 2 RVO	267
	Justizminister	
31. 1. 1986	Bek. - Ungültigkeitserklärung eines Amtssiegels eines Notars	268
	Stellenausschreibung für das Finanzgericht Düsseldorf	268
	Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen	
4. 2. 1986	Bek. - 12. Sitzung der Vertreterversammlung	268
	Hinweis	
	Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 2 v. 15. 2. 1986	270

I.

203010

**Ordnung der Laufbahn
des gehobenen Bankdienstes
in den Geschäftsbereichen
des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie und des Finanzministers
des Landes Nordrhein-Westfalen**

VwVO d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und
Technologie v. 5. 2. 1986 – Z/A 2 – 20 – 01 – 3/86

Aufgrund des § 4 Abs. 4 und 5 der Laufbahnverordnung (LVO) vom 9. Januar 1973 (GV. NW. S. 30), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. November 1983 (GV. NW. S. 539), – SGV. NW. 20301 – wird im Einvernehmen mit dem Innenminister und dem Finanzminister bestimmt:

§ 1

Die Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Bankdienstes in den Geschäftsbereichen des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und des Finanzministers besitzt, wer für die Laufbahn des gehobenen Bankdienstes bei der Deutschen Bundesbank befähigt ist.

§ 2

Die Beamten führen die Dienst- und Amtsbezeichnungen des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes im Lande Nordrhein-Westfalen.

– MBl. NW. 1986 S. 240.

20313

**Tarifvertrag
über die Arbeitsbedingungen von
Arbeitnehmern an Bildschirmgeräten**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4100 – 3.18 – IV 1 –
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.49.01 – 19/86 –
v. 27. 1. 1986

I.

Den nachstehenden Tarifvertrag vom 7. Oktober 1985 über die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern an Bildschirmgeräten, abgeschlossen zwischen dem Land NRW und der Gewerkschaft ÖTV, Bezirksverwaltung NRW I, Düsseldorf, und Bezirksverwaltung NRW II, Bochum, bzw. der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, sowie den Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. Oktober 1985 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern an Bildschirmgeräten vom 21. Februar 1985, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers v. 10. 6. 1985 (MBl. NW. S. 896/SMBI. NW. 20313), abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft – Landesverband NRW – bzw. der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes, Bonn, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag
vom 7. Oktober 1985
über die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern
an Bildschirmgeräten**

Zwischen

dem Land Nordrhein-Westfalen,
vertreten durch den Finanzminister,

einerseits

und*)

andererseits

wird folgendes vereinbart:

*) gleichlautende Tarifverträge sind abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirk NRW I und Bezirk NRW II und der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk NRW

§ 1

Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt

- a) für Angestellte des Landes NRW, die unter den Geltungsbereich des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) fallen, und
- b) für Arbeiter des Landes NRW, die unter den Geltungsbereich des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder (MTL II) fallen und deren arbeitsvertraglich vereinbarte durchschnittliche regelmäßige Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigten Arbeiters beträgt,

wenn sie auf Bildschirmarbeitsplätzen im Bürobereich und auf vergleichbaren Arbeitsplätzen außerhalb des Bürobereichs an Bildschirmgeräten für digitale Daten- und Textverarbeitung arbeiten.

§ 2

Bildschirmarbeitsplätze

(1) Bildschirmarbeitsplätze sind Arbeitsplätze, bei denen die Arbeitsaufgabe mit und die Arbeitszeit am Bildschirmgerät bestimmend für die gesamte Tätigkeit sind.

(2) Bildschirmgeräte sind Geräte zur veränderlichen Anzeige von Zeichen oder grafischen Bildern, wie Bildschirmgeräte mit Kathodenstrahl- oder Plasma-Anzeige und vergleichbare Geräte.

(3) Als Bildschirmgeräte im Sinne dieses Tarifvertrags gelten auch Mikrofilm-Lesegeräte für Rollfilme, Mikrofilm- und vergleichbare Systeme.

(4) Nicht zu den Bildschirmgeräten im Sinne dieses Tarifvertrages gehören Fernsehgeräte, Monitore und Digitalanzeigergeräte sowie vergleichbare Anzeige- und Überwachungsgeräte, es sei denn, sie werden in bestimmtem Maße für digitale Daten- und Textverarbeitung eingesetzt.

Protokollnotiz zu Absatz 1

Die Arbeitszeit am Bildschirmgerät ist für die gesamte Tätigkeit dann bestimmend, wenn sie durchschnittlich mindestens die Hälfte der Wochenarbeitszeit des Arbeitnehmers beträgt.

§ 3

Ausstattung und Gestaltung
von Bildschirmarbeitsplätzen

Bildschirmarbeitsplätze müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik unter Beachtung der arbeitsmedizinischen, arbeitsphysiologischen, arbeitspsychologischen und ergonomischen Erkenntnisse entsprechen. Nummer 4 der „Sicherheitsregeln für Bildschirm-Arbeitsplätze im Bürobereich“ – GUV 17.8 –, herausgegeben vom Bundesverband der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand e. V. – BAGUV –, Abteilung Unfallverhütung, Marsstraße 46–48, 8000 München 2, ist anzuwenden.

§ 4

Ärztliche Untersuchungen

(1) Vor der Aufnahme der Tätigkeit auf einem Bildschirmarbeitsplatz ist eine ärztliche Untersuchung der Augen durchzuführen.

(2) Nach- bzw. Wiederholungsuntersuchungen sind bei gegebener Veranlassung (§ 7 Abs. 2 BAT), ansonsten nach drei Jahren seit der jeweils letzten Untersuchung vorzunehmen.

(3) Die Untersuchungen gehören als arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 der Richtlinie für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst in den Verwaltungen und Betrieben des Landes Nordrhein-Westfalen zu den Aufgaben der Betriebsärzte. Sie werden nach Maßgabe des berufsgenossenschaftlichen Grundsatzes für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen „Bildschirm-Arbeitsplätze (G 37)“ vom hierzu besonders ermächtigten Betriebsarzt oder ermächtigten Personalarzt durchgeführt, der erforderlichenfalls eine augenärztliche Untersuchung veranlaßt.

Ist ein personalärztlicher bzw. betriebsärztlicher Dienst nicht vorhanden, sind die Augen bei einem vom Arbeitgeber

ber bestimmten überbetrieblichen arbeitsmedizinischen Dienst oder bei einem zur Durchführung der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchung der Augen ermächtigten Arzt untersuchen zu lassen.

(4) Die Kosten der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchung bei einem vom Arbeitgeber beauftragten Arzt oder einem überbetrieblichen Dienst einschließlich etwaiger notwendiger Kosten für eine Sehhilfe trägt das Land, soweit kein anderer Kostenträger zuständig ist. Dies gilt nicht, sofern der Arbeitnehmer selbst einen ermächtigten Arzt seiner Wahl (freie Arztwahl) beauftragt.

§ 5

Einweisung und Einarbeitung

(1) Vor dem Einsatz auf einem Bildschirmarbeitsplatz ist der Arbeitnehmer rechtzeitig und umfassend in die Arbeitsmethode und die Handhabung der Arbeitsmittel einzuweisen. Der Arbeitnehmer ist insbesondere mit der ergonomisch gebotenen Anpassung und Handhabung der Arbeitsmittel vertraut zu machen.

(2) Dem Arbeitnehmer ist ausreichend Zeit und Gelegenheit zur Einarbeitung zu geben.

§ 6

Schutzvorschriften

(1) Die Umstellung der Tätigkeit des Arbeitnehmers auf einen Bildschirmarbeitsplatz ist nach Möglichkeit so vorzunehmen, daß sie die Eingruppierung nicht beeinträchtigt.

(2) Kann ein Arbeitnehmer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr auf einem Bildschirmarbeitsplatz eingesetzt werden, so ist er auf einen anderen, möglichst gleichwertigen Arbeitsplatz umzusetzen. Er ist - soweit erforderlich - entsprechend einzuweisen oder fortzubilden. Ihm ist ausreichend Zeit und Gelegenheit zur Einarbeitung zu geben.

(3) Eine Leistungserfassung mittels der eingesetzten Geräte ist für bezahlungsrelevante Feststellungen, jedoch nicht zum Zwecke der individuellen Leistungskontrolle zulässig.

(4) Werdende Mütter dürfen nicht an Bildschirmgeräten beschäftigt werden, soweit nach ärztlichem Zeugnis die Gesundheit von Mutter oder Kind bei Fortdauer der Beschäftigung gefährdet ist.

(5) Der erstmalige Einsatz eines Arbeitnehmers auf einem Bildschirmarbeitsplatz bedarf der Zustimmung des Arbeitnehmers, wenn dieser das 55. Lebensjahr vollendet hat.

§ 7

Arbeitsunterbrechungen

(1) Führt die Tätigkeit auf einem Bildschirmarbeitsplatz durch fast dauernden Blickkontakt zum Bildschirm oder laufenden Blickwechsel zwischen Bildschirm und Vorlage oder die dadurch gegebenenfalls verursachte einseitige Körperhaltung des Arbeitnehmers zur Ermüdung, ist nach 50-minütiger Tätigkeit Gelegenheit zu einer Unterbrechung dieser Tätigkeit von zehn Minuten zu geben. Unterbrechungen nach Satz 1 entfallen, wenn Pausen und Tätigkeiten, die die Beanspruchungsmerkmale des Satzes 1 nicht aufweisen, anfallen.

Die Unterbrechungen dürfen nicht zusammengezogen und nicht an den Beginn oder das Ende der täglichen Arbeitszeit des Arbeitnehmers gelegt werden.

(2) Unterbrechungen nach Absatz 1 Satz 1 werden auf die Arbeitszeit angerechnet.

§ 8

Mischarbeitsplätze

Bildschirmarbeitsplätze sind möglichst als Mischarbeitsplätze einzurichten, wenn es organisatorisch zweckmäßig ist.

§ 9

Bildschirmunterstützte Tätigkeit

Erfordert die Tätigkeit an einem Bildschirmgerät (§ 2) fast dauernden Blickkontakt zum Bildschirm oder laufenden Blickwechsel zwischen Bildschirm und Vorlage über

eine fortlaufende Zeit von wenigstens vier Stunden, ohne daß ein Bildschirmarbeitsplatz vorliegt, gilt § 7 entsprechend.

§ 10

Übergangsvorschriften

Die Untersuchung nach § 4 Absatz 1 ist bei bereits auf Bildschirmarbeitsplätzen tätigen Arbeitnehmern, soweit nicht in vergleichbarer Weise bereits vorher durchgeführt, unverzüglich nachzuholen.

§ 11

Inkrafttreten, Laufzeit

(1) Dieser Tarifvertrag tritt am 1. November 1985 in Kraft.

(2) Er tritt außer Kraft, sobald ein von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für das Land NRW geltender Tarifvertrag über die Arbeit an Bildschirmgeräten in Kraft tritt. Für diesen Fall wird die Nachwirkung gemäß § 4 Abs. 5 des Tarifvertragsgesetzes ausgeschlossen. Im übrigen kann er mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich gekündigt werden.

Düsseldorf/Bochum, 7. Oktober 1985

Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. Oktober 1985 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern an Bildschirmgeräten vom 21. Februar 1985

Zwischen

dem Land Nordrhein-Westfalen,
vertreten durch den Finanzminister,

und*)

einerseits

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Der Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern an Bildschirmgeräten vom 21. Februar 1985 wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält die folgende Fassung:

§ 1

Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt

a) für Angestellte des Landes NRW, die unter den Geltungsbereich des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) fallen,
und

b) für Arbeiter des Landes NRW, die unter den Geltungsbereich des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder (MTL II) fallen und deren arbeitsvertraglich vereinbarte durchschnittliche regelmäßige Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit eines entsprechenden vollbeschäftigten Arbeiters beträgt,

wenn sie auf Bildschirmarbeitsplätzen im Bürobereich und auf vergleichbaren Arbeitsplätzen außerhalb des Bürobereichs an Bildschirmgeräten für digitale Daten- und Textverarbeitung arbeiten.

2. In § 2 erhält die Protokollnotiz zu Absatz 1 die folgende Fassung:

Protokollnotiz zu Absatz 1

Die Arbeitszeit am Bildschirmgerät ist für die gesamte Tätigkeit dann bestimmend, wenn sie durchschnittlich mindestens die Hälfte der Wochenarbeitszeit des Arbeitnehmers beträgt.

*) Gleichlautende Tarifverträge sind abgeschlossen mit

der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft,
Landesverband Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
und

der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes, Bonn

§ 2

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. November 1985 in Kraft.

Düsseldorf, den 7. Oktober 1985

II.

Abschnitt B Nr. 6 Buchst. a des Gem. RdErl. v. 10. 6. 1985 (MBL. NW. S. 896/SMBl. NW. 20313) erhält die folgende Fassung:

6. Sonstiges

- a) Die Rechte und Pflichten der Personalvertretungen nach dem Landespersonalvertretungsgesetz bleiben durch den Tarifvertrag unberührt. Eine Beteiligung des Personalrats kann beispielsweise in Betracht kommen bei
- der Umsetzung auf einen Bildschirmarbeitsplatz oder von einem Bildschirmarbeitsplatz im Sinne des § 72 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 LPVG,
 - der Anwendung von Bildschirmgeräten, soweit sie geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung der Beschäftigten zu überwachen im Sinne des § 72 Abs. 3 Nr. 1 LPVG,
 - der Einführung, wesentlicher Änderung oder wesentlicher Ausweitung von Bildschirmarbeitsplätzen, sofern damit im Sinne von § 72 Abs. 3 Nr. 3 LPVG eine Änderung der Arbeitsmethoden verbunden ist,
 - Maßnahmen zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsschädigungen im Sinne des § 72 Abs. 4 Satz 1 Nr. 7 LPVG,
 - der Gestaltung der Arbeitsplätze im Sinne des § 72 Abs. 4 Satz 1 Nr. 10 LPVG,
 - der Vorbereitung von Organisationsplänen (Einrichtung von Mischarbeitsplätzen) im Sinne des § 75 Nr. 1 LPVG.

Der Abschluß von Dienstvereinbarungen ist nach wie vor nicht zulässig (§ 70 Abs. 1 Satz 2 LPVG).

- MBL. NW. 1986 S. 240.

20331

Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Arbeiter vom 16. März 1977

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4240 - 5 - IV 1 -
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.24.10-3/86 -
v. 31. 1. 1986

In den Durchführungsbestimmungen zum Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Arbeiter (Abschnitt B des Gem. RdErl. v. 24. 3. 1977 - SMBl. NW. 20331) wird in Nummer 3 der Satz 2 gestrichen.

- MBL. NW. 1986 S. 242.

2127

Todesbescheinigung

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 3. 2. 1986 - V B 1 - 0261.1

Nach § 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Leichenwesen vom 7. August 1980 (GV. NW. S. 756), zuletzt geändert durch Verordnung vom 6. November 1984 (GV. NW. S. 870), - SGV. NW. 2127 - darf eine Leiche erst bestattet werden, wenn nach Ausstellung einer Todesbescheinigung durch einen Arzt der Sterbefall durch den Standesbeamten im Sterbebuch eingetragen worden ist.

1 Ausstellung der Todesbescheinigung

Die Todesbescheinigung (Anlage¹⁾) besteht aus zwei zusammenhängenden selbstdurchschreibenden Vor-

¹⁾ Die Anlage wird wegen des aufwendigen Herstellungsverfahrens gesondert gedruckt. Je ein Exemplar wird den Gesundheitsämtern unmittelbar und den übrigen Abonnenten auf Anforderung kostenlos übersandt.

drucksätzen mit insgesamt vier Blättern. Blatt 1 und 2 (Vordrucksatz 1) enthalten den nichtvertraulichen Teil; Blatt 3 und 4 einschließlich Beiblatt bilden den vertraulichen Teil (Vordrucksatz 2). Die Todesbescheinigung ist vom ausstellenden Arzt zu unterschreiben und mit seinem Stempel zu versehen. Die Todesbescheinigung enthält die nach § 37 des Personenstandsgesetzes (PStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1957 (BGBl. I S. 1125), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. September 1980 (BGBl. I S. 1654), zur Eintragung in das Sterbebuch für den Standesbeamten erheblichen Angaben. Der vertrauliche Teil enthält die ärztlichen Eintragungen über die Todesursache. Der verschlossene/vertrauliche Teil der Todesbescheinigung darf nur durch den Amtsarzt oder einen anderen Arzt des zuständigen Gesundheitsamtes geöffnet werden. Hinweise für die Ausfüllung und Handhabung der Todesbescheinigung enthalten die Erläuterungen des Vordrucksatzes.

2 Anzeige und Beurkundung des Sterbefalles

2.1 Den zur Anzeige des Sterbefalles verpflichteten Personen werden sowohl der nicht vertrauliche Teil als auch der vertrauliche Teil der Todesbescheinigung zur Vorlage beim Standesamt ausgehändigt. Nach Eintragung in das Sterbebuch (Beurkundung) und nach Vermerk der Standesamtsbezeichnung und Sterbebuchnummer auf Blatt 1 übersendet der Standesbeamte die Todesbescheinigungen (beide Vordrucksätze) unverzüglich (täglich gesammelt) an das für den Sterbeort (Aufindungsort einer Leiche) zuständige Gesundheitsamt. Das Gesundheitsamt überträgt die Standesamtsbezeichnung und Sterbebuchnummer auf Blatt 3.

2.2 Ist der Sterbefall in das Verzeichnis der angezeigten, aber noch nicht im Sterbebuch beurkundeten Sterbefälle eingetragen worden, so übersendet der Standesbeamte die Todesbescheinigung (ohne Blatt 1) nach Vermerk der Standesamtsbezeichnung und der Vermerklistennummer unverzüglich, das Blatt 1 nach Beurkundung des Sterbefalles, an das zuständige Gesundheitsamt. Das Gesundheitsamt überträgt die Sterbebuchnummer auf Blatt 2 bis 4.

2.3 Verzögert sich die Ausfüllung des vertraulichen Teils (weil z. B. ein Sektionsbefund erwartet wird), so wird den zur Anzeige des Sterbefalles verpflichteten Personen nur Blatt 1 zur Weiterleitung an das Standesamt ausgehändigt. Nach Vervollständigung des vertraulichen Teils wird dieser verschlossen und zusammen mit Blatt 2 des Vordrucksatzes 1 unmittelbar dem zuständigen Gesundheitsamt übersandt. Das Gesundheitsamt überträgt die Standesamtsbezeichnung und Sterbebuchnummer auf Blatt 2 bis 4.

3 Prüfung durch das Gesundheitsamt

Die Gesundheitsämter öffnen die Tasche der Todesbescheinigung und prüfen vor allem die Angaben in dem vertraulichen Teil; sollten sich hierbei trotz Eintragung eines natürlichen Todes im nicht vertraulichen Teil auf der offenen Vorderseite Anhaltspunkte für die Annahme eines Todes aus nicht natürlicher Ursache ergeben, so ist unverzüglich die örtlich zuständige Kreispolizeibehörde zu benachrichtigen. Gleichzeitig ist der Standesbeamte zu unterrichten, der bei bereits vorgenommener Eintragung in das Sterbebuch gehalten ist, je nach dem Ergebnis der nachträglich eingeleiteten amtlichen Ermittlungen eine Berichtigung des Eintrags vorzunehmen.

4. Statistische Auswertung

Nach Abschluß der Prüfung durch den Amtsarzt wird Blatt 4 der Todesbescheinigung monatsweise gesammelt und bis spätestens zum 10. des auf den Berichtsmonat folgenden Monats dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zugeleitet. Zur Gewährleistung des Datenschutzes ist eine Übermittlung in reißfesten Versandtaschen als Wertbrief bzw. Wertpaket erforderlich.

Die Bearbeitung im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen unterliegt nach § 11 des Bundesstatistikgesetzes - BStatG - vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289) der Geheimhaltung. Der Statistikteil (Blatt 4) wird nach Abschluß der Auswertungen durch das LDS NW vernichtet.

T.

- 5 Aufbewahrung und wissenschaftliche Auswertung
Blatt 1 und 3 der Todesbescheinigung werden von den für den Sterbeort (Auffindungsort einer Leiche) zuständigen Gesundheitsämtern mindestens 10 Jahre lang aufbewahrt. Die darin enthaltenen Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse, insbesondere die Angaben des vertraulichen Teils, unterliegen der Amtsverschwiegenheit.

Die Übermittlung von Daten aus Todesbescheinigungen an Dritte ist zulässig, soweit ein Gesetz sie erlaubt (z. B. §§ 21 bis 24 des Sozialgesetzbuches (SGB) – Allgemeiner Teil – vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1985 (BGBl. I S. 1144), und § 4 des Krebsregistergesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 12. Februar 1985 (GV. NW. S. 125/SGV. NW. 21260).

Darüber hinaus ist die Übermittlung von personenbezogenen Daten aus Todesbescheinigungen an Dritte im Hinblick auf den über den Tod hinaus fortwirkenden Persönlichkeitsschutz nur dann zulässig, wenn die nächsten Angehörigen ihr Einverständnis erteilt haben oder im Falle einer wissenschaftlichen Auswertung das Forschungsinteresse das Recht des Verstorbenen auf Schutz seiner Persönlichkeit überwiegt. Kann der Zweck einer wissenschaftlichen Auswertung durch anonymisierte Datenübermittlung erreicht werden, so ist die Übermittlung von Identitätsangaben unzulässig. Von der Herausgabe der Original-Todesbescheinigungen ist grundsätzlich abzusehen.

- 6 Beschaffung der Vordrucke
Die Vordrucke¹⁾ der Todesbescheinigungen werden von den Gesundheitsämtern beschafft, die sie an die Ärzte kostenlos abzugeben haben.
- 7 Inkrafttreten
Spätestens ab dem 1. Mai 1986 ist nur noch der neue Vordrucksatz zu verwenden. Bis zu diesem Zeitpunkt können sowohl die bisherigen Vordrucksätze als auch die neuen Vordrucksätze verwendet werden.
- 8 Aufhebungsvorschrift
Mein RdErl. v. 22. 10. 1975 (SMBl. NW. 2127) wird aufgehoben.

¹⁾ Zu beziehen bei: Verlag: W. Bertelsmann Verlag KG Bielefeld, Deutscher Gemeindeverlag GmbH, Köln

– MBl. NW. 1986 S. 242.

26

Grundsätze für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis und die Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status arbeitslos gewordener ausländischer Arbeitnehmer

RdErl. d. Innenministers v. 3. 2. 1986 – I C 4/43.324

Mein RdErl. v. 13. 8. 1984 (SMBl. NW. 26) wird wie folgt geändert:

- 1 Nach Nummer 1.8 wird folgende Nummer 1.9 eingefügt:
1.9 Von einer nachträglichen Befristung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis wegen Inanspruchnahme von Sozialhilfe ist abzusehen.

- 2 In Nummer 2.1 der Anlage wird bei der Aufzählung der ausländischen Vertragsparteien der EFA nach „Schweden“ eingefügt:

Spanien 1984 205

– MBl. NW. 1986 S. 243.

770
772

Zusammenstellung der Bauartzulassungen nach § 19h Abs. 1 Satz 2 Wasserhaushaltsgesetz

RdErl. d. Ministers für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft
v. 4. 2. 1986 – III B 7 – 8509/1 – 18689

Die Zusammenstellung enthält die bis zum 31. 12. 1985 erteilten im Geltungsbereich des Wasserhaushaltsgesetzes gültigen wasserrechtlichen Bauartzulassungen. Sie wird jährlich fortgeschrieben. Bauartzulassungen, die bis 31. 12. 1985 oder früher befristet waren, sind nicht mehr aufgeführt. In Nordrhein-Westfalen ist für die wasserrechtliche Bauartzulassung das Landesamt für Wasser und Abfall zuständig. Dort können weitere Informationen eingeholt werden.

Die Bauartzulassungen sind entsprechend dem Typ des Anlagenteils und seiner Aufstellungsart in Gruppen zusammengefaßt. In der Zusammenstellung sind unter den Begriffen „Tanktyp“ bzw. „Typenbezeichnung“ der Markenname und soweit möglich Aufbauart, Material und bei Behältern der Rauminhalt angegeben.

- A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig im Auffangraum
- B. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig ohne Auffangraum
- C. Kunststoffbehälter, unterirdisch, einwandig
- D. Kunststoffbehälter, unterirdisch, doppelwandig
- E. Stahlbetonbehälter mit Abdichtungsmittel, unterirdisch, einwandig
- F. Stahlbetonbehälter mit Abdichtungsmittel, unterirdisch, doppelwandig
- G. Stahlbetonbehälter mit Abdichtungsmittel, unterirdisch, mit Leckschutzauskleidung
- H. Asbestzementbehälter mit PVC-Leckschutzauskleidung, unterirdisch, doppelwandig
- I. Einwandige Stahlbehälter, oberirdisch
- K. Doppelwandige Stahlbehälter, oberirdisch
- L. Einwandige Stahlbehälter, oberirdisch, mit Kunststoffinnenhülle
- S. Anlagenteile und Schutzvorkehrungen
- W. Tabellen der Lagermedien

Abkürzungen:

- BZ: Bauartzulassung
- DK: Dieselmotortank
- GfK: glasfaserverstärkter Kunststoff
- HEL: Heizöl EL
- LAG: Leckanzeigergerät
- LSA: Leckschutzauskleidung
- MGÖ: gebrauchte Motoren- und Getriebeöle der Gefahrentklasse A III
- PA: Polyamid
- PE: Niederdruck-Polyäthylen
- PP: Polypropylen
- WSG: Wasserschutzgebiet

Der RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 13. 2. 1985 (SMBl. NW. 770) wird aufgehoben.

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig im Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschaid	Lagermedium	Zone III MSG	Bemerkungen
GfK, Palatal P 6, Vestopal 160, Ukapon T 216, Batteriebehälter 1000/1500/2000 1	Chemo.-Werk Bayern GmbH, Fabrik für Kunst- stoffbehälter 8801 Schnelldorf	BY	Bayer. Staats- ministerium des Innern vom 30.11.1983	HEL OK MGÜ	Ja	1) MGÜ nur in Einzelbehäl- ter zulässig 2) Behälter aus P 6, T 216 als Einzelbeh. auch zur Aufstellung im Freien geeignet.
GfK, geneigter Dom, 4 000 - 10 000 1	Bayer, Behälterbau Stefan-Nau 8052 Moosburg-Pfombach	BY	LRA Freising v. 22.02.1979 mit Änd. v. 16.09.80	HEL, DK	Ja	
GfK 4 000 - 10 000 1	Bayer, Behälterbau Stefan-Nau 8052 Moosburg-Pfombach	BY	LRA-Freising v. 22.02.1979 mit Änd. v. 16.09.80	HEL, DK	Ja	
PE 3 000 - 48 000 1	Schwaben-Kunststoff 8931 Langenneufnach	BY	LRA Augsburg v. 23.07.1979 mit Änd. v. 25.06.81	Tabelle 1	nein	nach § 19 1 Satz 3 MSG prüfungspflichtig
GfK, Batterietank 1 000/1 510/2 000 1	Heintz KG 6342 Heiger	HE	HE-Sozialminister v. 14.11.1978	HEL, DK	Ja	
PE, Batterietank 1 000/1 100/1 600/ 2 000/2 400/3 000 1	Rothwerke GmbH 3563 Dautphetal 2	HE	HE-Sozialminister v. 12.12.78	HEL, DK, MGÜ	Ja	MGÜ nur in Einzelbehälter

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig im Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschleid	Lagermedium	Zone III MS6	Bemerkungen
PE, Batterietank 750 l	Rothwerke GmbH 3563 Dautphetal 2	HE	HE-Sozialminister v. 13.12.78	HEL, DK	Ja	
PA-6, Batterietank 1 000/1 500/2 000 l	Selbel & Reitz KG 3560 Biedenkopf- Breitenstein	HE	HE-Sozialminister v. 28.9.1978 mit Änd. v. 10.1.79	HEL, DK, MGÜ	Ja	MGÜ nur in Einzelbehälter
PA-6, Batterietank 1 000/1 500/2 000 l	Neu GmbH & Co. 4700 Hamm	NW	Reg.-Präs. Arnsberg v. 1.9.1978	HEL, DK	Ja	
Hostalen, Merit-Tank 5 000 l	Merit-Kunststoffe W. Schneider GmbH & Co. 5230 Altenkirchen	RP	Kreisverwaltung Altenkirchen v. 5.2.1979	Flüssigdünger, Engro 28-N-Lösung, Preysol 10/34-Lösung	Ja	a) nur als Einzeltank zugelassen b) Auffangraum muß mit Lagergutbeständiger Beschichtung abge- dichtet sein.
PA-6, Jung-Nylon Batterietank 1 000/1 500/2 000/ 2 500 l	Jung-Werke GmbH 5241 Wehbach/Sieg	RP	RP-MLWF v. 14.3.1980	HEL, DK, MGÜ	Ja	1. Behälter mit 2 500 l Rauminhalt mit Einzel- bandage 2. MGÜ nur in Einzelbe- hälter
Lupolen 4261 Ax, Hostalen 6M VP 7745 G Batterietank 1 000/1 600/1 850/ 2 000/2 500/3 000 l	Schütz-Werke GmbH & Co. KG 5418 Selters/Ww.	RP	RP-MLWF v. 24.9.1979	HEL, DK, MGÜ	Ja	MGÜ nur in Einzelbehälter

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig im Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschleid	Lagermedium	Zone III MSG	Bemerkungen
PE "Lupolen 4261 A, Hostalen GM VP 7745 P" Batterie- behälter, 1 100/ 1 500/2 000/2 500 1	Kautex-Werke Reinold Hagen GmbH 5300 Bonn-Holzlar 1 Zweigwerk 5248 Wissen/Sieg	RP	RP-MLWF v. 14.03.1980	HEL, DK, MGÜ	Ja	MGÜ nur in Einzelbehälter
PE "Lupolen 4261 A" ohne Bandage Batteriebehälter 1 100/1 500/2 000 1	Kautex-Werke Reinold Hagen GmbH 5300 Bonn-Holzlar 1 Zweigwerk 5248 Wissen/Sieg	RP	RP-MLWF v. 22.09.1980	HEL, DK	Ja	
Batteriebehälter 1 000/1 500/2 000 1 Hostalen GM 7745	Rothwerke GmbH 3563 Dautphetal 2	HE	HE-Sozialminister v. 05.02.1980	HEL, DK	Ja	
Lupolen 4261 A Hostalen GM 7745 P Batterietank 1 000/1 600/2 000 1	Schütz-Werke GmbH & Co. KG 5418 Selters/Ww.	RP	RP-MLWF v. 29.01.1981	HEL, DK	Ja	
Lupolen 4261 A Hostalen GM 7745 P. Batterietank 1 000/1 100/1 500/ 1 650/2 000/2 500/ 3 000 1/5 000 1	Merit-Kunststoffw. W. Schneider GmbH & Co. 5230 Altenkirchen/ Westerwald	RP	RP-MLWF v. 18.05.1981	HEL, DK, MGÜ	Ja	MGÜ nur in Einzelbehälter

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig im Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschaid	Lagermedium	Zone III WS6	Bemerkungen
Hostalen GM 7745 P, Eltex B 5920, UNIFOS DMDS 2215 Batterietank 1 000/1 500/2 000 l	Merit-Kunststoffw. W. Schneider GmbH & Co. 5230 Altenkirchen/ Westerwald	RP	RP-MLMF v. 25.05.1981	MEL, DK	Ja	
6FK-Batteriebehalter 1 000/1 500/ 2 000 l	Dehoust GmbH 3070 Mienburg/Weser	NS	Bez.-Reg. Hannover v. 20.07.1981	MEL, DK	Ja	
PA-6, Batterietank 2 000 l	Stefan Mau GmbH & Co. 7405 Dettchenhausen	BW	BW-MELUF v. 20.08.1981	MEL, DK, MGÜ	Ja	MGÜ nur in Einzelbehälter
Hostalen GM 7745 P, Lupolen 4261 A, Batterietank 1 000/1 100/1 500/ 1 600/2 000/2 500/ 3 000/4 000 l	Dehoust GmbH 6906 Leimen	BW	BW-MELUF v. 20.08.1981	MEL, DK, MGÜ	Ja	1. MGÜ nur in Einzelbehälter 2. Batteriebehalter nur mit Behälter bis 2000 l zu- lässig
Hostalen GM 7745 P Haushalttank mit Auf- fangwanne 750/1000 l	Roth Werke GmbH 3563 Dautphetal- Buchenau	HE	HE-Sozialminister vom 05.01.1982	MEL, DK	Ja	nur als Einzelbehälter, Befüllung ohne festen Anschluß
Lupolen 4261 A Batterietank belos ohne Bandagen 1000/1500/2000 l	Sulo-Eisenwerk Streuber & Lohmann GmbH & Co KG 4900 Herford	NW	LWA NW vom 30.09.1981	MEL, DK	Ja	

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig im Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschied	Lagermedium	Zone III WS6	Bemerkungen
PA-6 Batterietank 2000 l	Stefan Nau GmbH & Co 4700 Hamm/Westf. 5 Auf dem Knuf 6	NW	LWA NW vom 11.06.1982	HEL, DK, MGO	Ja	MGO nur in Einzelbehälter
GFK mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodentank bis 170 m ³	Bleiwerke Goslar KG 3380 Goslar im Werk 3320 Salzgitter 51	NS	Bez.-Reg. Braunschweig vom 05.05.1982	Tabelle 2	Ja	mit Flüssigkeitsstands- anzeige
Lupolen 4261 A Batterietank ohne Bandagen 750 l	RM Rotex GmbH & Co 7129 Güglingen Frauenzimmer	BW	BW-MELUF vom 02.07.1982	HEL, DK	Ja bis 10000 l	mehr als 1000 l mit Grenzwert- geber
Guß-6-Polyamid Batterietank 1500 l	Stefan Nau GmbH & Co 7405 Dettenhausen	BW	BW-MELUF vom 13.08.1982	HEL, DK, MGO	Ja	MGO nur in Einzelbehälter
Leguval W 16 Einzelantk 3000-20000 l	Dipl.-Ing. Adolf Voß 5788 Winterberg 2	NW	LWA NW-19h-82/5.0 vom 03.12.1982	HEL, DK	Ja	befristet bis 31.12.1987
Polyethylen Hostalen GM 7745 Batterielehbehälter bandagenlos 800 l	Roth-Werke GmbH 3563 Dautphetal- Buchensau	HE	HE-MELUF 05.10.1982	HEL, DK	Ja	

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig im Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III	Bemerkungen
GfK, Palatal P 6 1000/1500/2000 l	Chemo-Werk Bayern GmbH Fabrik für Kunst- stoffbehälter 8801 Schnelldorf	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 25.03.1983	Tabelle 3	Ja	
PA - 6 Batterietanks 1000/1500 l	Stefan Nau GmbH u. Co. 4700 Hamm/Westf. 5	NW	LWA NW-19 h-83/1.0 vom 28.04.1983	HEL, DK, M6Ü	Ja	1. M6Ü nur in Einzel- behältern 2. befristet bis 31.05.1988
PA - 6 Batterietank 1000 l	Stefan Nau GmbH u. Co. 7405 Dettenhausen	BW	BW - MELUF vom 09.06.1983	HEL, DK, M6Ü	Ja	
Gf - UP mit Ausklei- dung aus PVC oder PP Flachbodentank bis 300 m ³	formo-plast-chemie Dr. Hans Keller GmbH 7919 Nordholz	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 06.10.1983	Tabelle 2	Ja	
GfK mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bis 170 m ³	W. Thieme GmbH u. Co. KG Tullastraße 11 7835 Teuringen/Baden	BW	BW-MELUF vom 06.10.1983	Tabelle 2	Ja	
GfK mit Auskleidung aus PVC Flachbodenbehälter bis 170 m ³	Tank- und Apparatebau Schwieler GmbH 4720 Beckum	NW	LWA NW - 19 h - 83/2.0 vom 16.08.1983	Tabelle 2	Ja	befristet bis 30.09.1988

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig im Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschaid	Lagermedium	Zone III	Bemerkungen
6K mit Schutzschicht oder Chemieschutzschicht Flachbodenbehälter bis 170 m ³	Tank- und Apparatebau Schwieter GmbH 4720 Beckum	NW	LWA NW - 19 h - 83/6.0 vom 30.11.1983	Tabelle 5	Ja	befristet bis 30.11.1988
PE Lupolen 4261 A Batterietank 1000 l	RM Rotex GmbH u. Co. 7129 GÜglingen - Frauenzimmer	BM	BM-MELUF vom 21.02.1984	HEL, DK	Ja	in Zone III darf der Gesamtrauminhalt 10.000 l nicht überschreiten
PA - 6 Batterietanks 1000/1500/2000 l	Bayerischer Behälterbau Stefan Nau GmbH u. Co. 8052 Moosburg	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 09.03.1984	HEL, DK, MGÜ	Ja	
Gf - UP mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bis 300 m ³	Hürner GmbH 6000 Frankfurt/Main Rödelheim	HE	HE-MLUF vom 08.05.1984	Tabelle 2	Ja	
Gf - UP mit Auskleidung Flachbodenbehälter bis 300 m ³	Harzer Apparatewerke KG Schwemann u. Althoff 3205 Bockenem 2	NS	Bez.Reg. Hannover vom 20.06.1984	Tabelle 2	Ja	
Gf - UP mit Auskleidung Flachbodenbehälter bis 170 m ³	Theodor Vanck GmbH - Staffelnstein - 5520 Bitburg	RP	RP-MLWF vom 12.07.1984	Tabelle 2	Ja	
Gf-UP mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bei 300 m ³	Theodor Vanck GmbH - Staffelnstein - 5520 Bitburg	RP	RP - MUG vom 03.07.1985	Tabelle 6	Ja	befristet bis 24.04.1990; Anforderungen an Aufstellung der Behälter abhÄngig von Lagermedium und BehÄltergrÖÙe lt. Prüfbescheid PA-VI 311.011 des IfBt vom 24.04.1985

A. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig im Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheld	Lagermedium	Zone	Bemerkungen
PE Lupolen 4261 A in Auffangwanne 700 l, 1000 l	Schütz-Verke GmbH & Co. KG 5418 Selters	RP	RP-MLWF vom 11.03.1985	Tabelle 4 Hydrauliköle H, HL und H-LP DIN 51524, 51525	Ja III WS6	befristet bis 30.11.1986
Gf-UP mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter 3 bis 170 m	Erka Rheinische Kunst- stoff GmbH 5300 Bonn-Lengsdorf	NW	LWA NW-19 h-85/1.0 vom 21.06.1985	Tabelle 2	Ja	befristet bis 30.06.1990

B. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig ohne Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschleid	Lagermedium	Zone III MSB	Bemerkungen
6fK, Palatal P 6, Vestopal 160, Ukapon T 216, Batteriebehälter 1000/1500/2000 l	Chemo-Werk Bayern GmbH Fabrik für Kunststoff-behälter 8801 Schnelldorf	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 30.11.1983	MEL, DK, MGD	nein	1) MGD nur in Einzelbehälter mit Auffangraum 2) Beh. aus P 6 und T 216 als Einzelbehälter auch im Freien verwendbar 3) Behälter im Auffangraum dürfen in Zone III verwendet werden
6fK 4000 - 10000 l	Bayer, Behälterbau Stefan Mau 8052 Moosburg/Pfrombach	BY	LRA Freising vom 22.02.1979 mit Änd. vom 16.09.1980	MEL, DK	nein	
6fK, Batterietank 1000/1510/2000 l	Heintz KG 6342 Heiger	HE	HE-Sozialminister vom 14.11.1978 mit Änd. vom 14.11.1983	MEL, DK	nein	Behälter im Auffangraum dürfen in Zone III verwendet werden
6fK, Nikortank 1000/1500/2000 l	Manschott KG 6291 Reichartshausen	BW	BW-MELUF vom 28.08.1979	MEL, DK	nein	
6fK, Batterietank 1700 l und kleine Größen	Bernauer GmbH & Co. 5471 Kretz	RP	Krs. Mayen-Koblenz vom 28.07.1978	MEL, DK	nein	
6fK, Batteriebehälter 1000/1500/2000 l	Dehoust GmbH 3070 Nienburg/Weser	NS	Bez.-Reg. Hannover vom 20.07.1981	MEL, DK	nein	Behälter im Auffangraum dürfen in Zone III verwendet werden

B. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig ohne Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschied	Lagermedium	Zone III MSG	Bemerkungen
GfK, Vestopal 150, Lamellon 3740 Batteriebehälter Apollo 650/1000/1500/2000 l	H. Ziegler GmbH 5358 Bad Münstereifel	NW	LWA NW - 19 h - 82/4.0 vom 08.11.1982	HEL, DK	nein	1) befristet bis 30.11.1987 2) Behälter im Auffangraum dürfen in Zone III verwendet werden 3) mehr als 1000 l mit Grenzwertgeber
GfK, Palatal P 6 1000/1500/2000 l	Chemo-Werk Bayern GmbH Fabrik für Kunststoffbehälter 8801 Schnelldorf	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 25.03.1983	Tabelle 4	nein	Behälter im Auffangraum dürfen in Zone III verwendet werden
GfK - UP mit Auskleidung Flachbodenbehälter bis 300 m ³	formo-plast-chemie Dr. Hans Keller GmbH 7919 Nordholz	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 06.10.1983	Tabelle 2	nein	
GfK mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bis 170 m ³	W. Thiele GmbH u. Co. KG 7835 Teuringen/Baden	BW	BW-MELUF vom 06.10.83	Tabelle 2	nein	
Gf - UP mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bis 300 m ³	Mürner GmbH 6000 Frankfurt/Main-Rödelheim	HE	HE-MLUF vom 08.05.1984	Tabelle 2	nein	
Gf - UP mit Auskleidung aus PVC Flachbodenbehälter bis 300 m ³	Harzer Apparatewerke KG Schwemmen u. Althoff 3205 Bockenem	NS	Bez.Reg. Hannover vom 20.06.1984	Tabelle 2	nein	

B. Kunststoffbehälter, oberirdisch, einwandig ohne Auffangraum

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III MSG	Bemerkungen
Gf-UP mit Auskleidung aus PVC oder PP Flachbodenbehälter bis 300 m ³	Theodor Vanck GmbH - Staffelnstein - 5520 Bitburg	RP	RP-MUG vom 03.07.1985	Tabelle 6	nein	befristet bis 24.04.1990; Anforderungen an Auf- stellung und Ausrüstung der Behälter abhängig von Lager- medium und Behältergröße lt. Prüfbescheid PA-VI 311.011 vom 24.04.1985

C. Kunststoffbehälter, unterirdisch, einwandig

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschaid	Lagermedium	Zone III MSG	Bemerkungen
GfK, Mau-Terra 4 000 - 16 000 l	Bayer, Behälterbau Stefan Nau 8052 Moosburg- Pfrombach	BY	LRA-Freising v. 17.01.1979 mit Änd. v.25.07.1979, 16.09.80 und 08.07.81	HEL, DK	ja mit LAG	nachträglicher Einbau ei- ner Leckschutzauskleidung zugelassen (1. Änderungs- bescheid); Einbau ist anzeigepflichtig
GfK, Mau-Terra 10 000 - 30 000 l	Bayer, Behälterbau Stefan Nau 8052 Moosburg- Pfrombach	BY	LRA Freising v. 17.01.1979 mit Änd. v.25.07.1979, 16.9.1980 und 8.7.1981	HEL, DK	ja mit LAG	nachträglicher Einbau ei- ner Leckschutzauskleidung zugelassen (1. Änderungs- bescheid); Einbau ist anzeigepflichtig
GfK, Mau-Terra 20 000 - 60 000 l	Bayer, Behälterbau Stefan Nau 8052 Moosburg- Pfrombach	BY	LRA Freising v. 18.01.1979 mit Änd. vom 25.07.1979, 16.09.1980 und 08.07.1981	HEL, DK	ja mit LAG	nachträglicher Einbau ei- ner Leckschutzauskleidung zugelassen (1. Änderungs- bescheid); Einbau ist anzeigepflichtig
GfK, Mau Terra. 30 000 - 100 000 l	Bayer, Behälterbau Stefan Nau 8052 Moosburg- Pfrombach	BY	LRA Freising v. 18.01.1979 mit Änd. vom 25.07.1979, 16.09.1980 und 08.07.1981	HEL, DK	ja mit LAG	nachträglicher Einbau ei- ner Leckschutzauskleidung zugelassen (1. Änderungs- bescheid); Einbau ist anzeigepflichtig

C. Kunststoffbehälter, unterirdisch, einwandig

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschied	Lagermedium	Zone III MSG	Bemerkungen
GfK, Nau-Kugel 6 000/8 000 / 10 000/12 000 1	Nau GmbH & Co. KG 4700 Hamm	NW	Reg.-Präs. Arnberg v. 19.03.1979	HEL, DK	nein	
GfK-Poly 51/61/76/81/101/ 131/151 5 000 - 15 000 1	Dahmit-Betonwerke 8500 Nürnberg	BY	Bayer, Staatsministerium des Innern vom 24.08.1983 mit Änd. vom 09.09.1983	HEL, DK	Ja	1) Verwendung nur mit LAG 2) befristet bis 31.07.88
GfK, Nau-Kugel 6 000/8 000/ 10 000/12 000 1	Bayer, Behälterbau Stefan Nau GmbH & Co. 8052 Moosburg	BY	LRA Freising v. 08.07.1981	HEL, DK	Ja	nachträglicher Einbau von LAG zugelassen. LAG Einbau ist anzeigepflich- tig
GfK-Poly 32/52/82/102/132 3500, 5000, 8000, 10000, 13000 1	Haase-Bau GmbH 2350 Neumünster	SH	Stadt Neumünster v. 13.08.1981 mit Änderung v. 03.12.1982 und 06.09.1984	HEL, DK, MGÜ	Ja	befristet bis 01.09.1986
GfK-Poly 51/61/76/81/ 101/131/151/ 5000-15000 1	Haase-Bau GmbH 2350 Neumünster	SH	Stadt-Neumünster vom 05.11.1981 mit Änderung vom 03.12.1982 und 03.02.1983	HEL, DK, MGÜ	Ja	1) Verwendung nur mit LAG zugelassen 2) befristet bis 31.03.88

D. Kunststoffbehälter, unterirdisch, doppelwandig

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III MSG	Bemerkungen
GFK, Palatal P 50 T, Alpolit SUP 343 Kugeltank DKF 4000/5000/6000/ 8000/10000/12000 l	Bayerischer Behälterbau Stefan Hau GmbH & Co. 8052 Moosburg	BY	Bayer. Staatsministerium des Innern vom 16.01.84	HEL, DK	Ja	

E. Stahlbetonbehälter mit Abdichtungsmittel, unterirdisch, einwandig

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III WSG	Bemerkungen
---------	---------------------------	------	----------	-------------	--------------	-------------

Zur Zeit keine BZ erteilt

F. Stahlbetonbehälter mit Abdichtungsmittel, unterirdisch, doppelwandig

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III WSG	Bemerkungen
---------	---------------------------	------	----------	-------------	--------------	-------------

Stahlbeton mit LSA Garant, TPM 5000/6000/7500/ 8000/10000/12000 1	Tankbau Pfisterer 7141 Benningen am Meckar	BW	BW-MELUF vom 06.06.1980 mit Änd. vom 18.10.1983 und 20.08.1984	HEL, DK	Ja	1) Behälter mit Rauminhalten 6000/8000 1 befristet bis 31.03.85 2) Behälter mit Rauminhalten 5000/7500/10000/12000 1 befristet bis 31.05.87
--	---	----	---	---------	----	--

6. Stahlbetonbehälter mit Abdichtungsmittel, unterirdisch, mit Leckschutzauskleidung

H. Asbestzementbehälter mit PVC-Leckschutzauskleidung, unterirdisch, doppelwandig

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III MSG	Bemerkungen
---------	---------------------------	------	----------	-------------	--------------	-------------

Zur Zeit keine BZ erteilt

I. Einwandige Stahlbehälter, oberirdisch

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III MSG	Bemerkungen
---------	---------------------------	------	----------	-------------	--------------	-------------

D 1, zyl. Behälter, St 37, 100 - 1 000 l	Martin Adam Kühlerbau KG 4670 Lünen	NW	LWA NW - 19 h - 83/5.0 vom 15.09.1983	DK	nein	1) befristet bis 30.09.1988 2) bei Aufstellung im Auffangraum auch verwendbar in Zone III
D 3, eckiger Beh. St 37 50-500 l	Martin Adam Kühlerbau KG 4670 Lünen	NW	LWA NW - 19 h - 83/3.0 vom 15.09.1983	DK	nein	1) bei Aufstellung im Auffangraum auch verwendbar in Zone III 2) befristet bis 30.09.1988
T 1, zyl. Behälter St 37 100 - 1000 l	M. Schuler GmbH Maschinen- und Apparatebau 6708 Neuhofen	RP	RP-MLWF vom 17.07.1984	DK	nein	1) bei Aufstellung im Auffangraum auch verwendbar in Zone III 2) befristet bis 30.09.1988

K. Doppelwandige Stahlbehälter, oberirdisch

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III MSG	Bemerkungen
D 12, zyl. Beh. St. 37 250 - 1500 l	Martin Adam GmbH 4670 Lünen	NW	LWA NW- 19 h-85/1.0 vom 31.01.1985 mit Änderung vom 22.07.1985	DK	nein	1) befristet bis 31.01.1990 2) bei Aufstellung im Auffangraum oder Ausrüstung mit LAG in Zone III zugelassen
T 2, zyl. Beh., St 37 250 - 1000 l	M. Schuler GmbH Maschinen- u. Apparatebau 6708 Neuhausen	RP	RP-MLWF vom 17.07.1984	DK	nein	1. befristet bis 30.09.1988 2. bei Aufstellung im Auffangraum oder Aus- rüstung mit LAG in Zone III zugelassen
D 2, zyl. Beh., St 37, 250 - 1 000 l	Martin Adam Kühlerbau KG 4670 Lünen	NW	LWA NW - 19 h - 83/4.0 vom 15.09.1983 mit Änderung vom 22.07.1985	DK	nein	1. befristet bis 30.09.1988 2. bei Aufstellung im Auf- fangraum oder Ausrü- stung mit LAG in Zone III zugelassen

L. Einwandige Stahlbehälter, oberirdisch, mit KunststoffInnenhülle

Tanktyp	Hersteller oder Einführer	Land	Beschaid	Lagermedium	Zone III WS6	Bemerkungen
S100 620, S100 6t 990 Stahlblechbeh. mit PVC- Innenhülle u. Lecksonde 620/990 I	Jung-Werke GmbH 5241 Wehbach/Steg	RP	RP-MLWF vom 14.03.1980 mit Änd. vom 12.06.1981	HEL	nein	bei Aufstellung im Auf- fangraum auch zugelassen für Zone III
Stahlblechbeh. mit PE-Innenbeh., Haushaltsbeh. 700/1 000 I	Schütz-Werke GmbH & Co. 5418 Selters/Ww.	RP	RP-MLWF v. 24.09.1979	HEL	nein	bei Aufstellung im Auf- fangraum auch zugelassen für Zone III
Stahlblech mit Kunst- stoffInnenhülle Haushaltsbeh. 620/990 I	Verit-Kunststoffwerke W. Schneider GmbH & Co. 5230 Altenkirchen/ Westerwald	RP	RP-MLWF v. 15.09.1981	HEL	nein	bei Aufstellung im Auf- fangraum auch zugelassen für Zone III

5. Anlagenteile und Schutzvorkehrungen

Typenbezeichnung	Hersteller oder Einführer	Land	Bescheid	Lagermedium	Zone III MSG	Bemerkungen
Flexwell-Sicher- heitsrohr	Kabel- u. Metallwerke Gutehoffnungshütte AG 3000 Hannover	NS	Bez.-Reg. Hannover v. 01.07.1980	VbF-Flüssig- keiten,	Ja	
Überfüllsicherung US/H 16 Z S/1 A	Alfons Haar Maschinenbau Fangdickstr. 67 2000 Hamburg 53	HH	Baueh. HH v. 27.11.1980	MEL, DK		für ortsfeste Behälter, die aus Eisenbahnkesselwagen, Schiffen, ortsfesten Behältern befüllt werden.
Flanschüberwachungs- und Sicherheitssystem für Schlauchleitungen Sicherheits-System S 10	Wiese GmbH & Co KG 5840 Schwerte 1 An der Silberkühle	NW	LWA NW vom 11.06.1982	entzündbare Stoffe der Klasse III a nach Rn 6301		befristet bis 30.06.1987
Emco-Schlauchsiche- rungssystem Typ 3 00 31	Emco Wheaton GmbH 3575 Kirchhain 1	HE	HE-MLUF vom 02.04.1984	entzündbare Stoffe der Klasse III a nach Rn 6301		befristet bis 31.03.89
Sicherheitssystem für Gelenkrohr- Schiffsverlader	Wiese GmbH & Co. KG 5840 Schwerte 1	NW	LWA NW - 19 h - 84/1.0 vom 05.04.1984 mit Änd. vom 07.08.1984	VbF-Flüssig- keiten		befristet bis 31.03.89

W. Tabellen der Lagermedien

Tabelle 1:

HCOOH (80 %);
 Chlorwasser (0,7 %);
 $\text{wässr. Lsg. CuSO}_4$;
 NaCl , NaHSO_3 ;
 NaClO (300 g Cl/l);
 NaOH (30 %);
 NH_4OH (25 %);
 H_2SO_4 ($\rho = 1,28 \text{ g/cm}^3$)
 (Akkusäure);
 CH_3COOH (60 %);
 H_3PO_4 (80 %);
 HCl (32 %);
 HCHO (40 %)

Tabelle 2:

H_2SO_4 (80-96 %)
 HNO_3 (50 %)
 HCl (alle Konz.)
 Essigsäure (50 %)
 Ameisensäure (50 %)
 Formaldehyd (40 %)
 NaOH (60 %); KOH (60 %)
 NaOCl (12,5 % freies Chlor)
 Na_2CO_3 ; NaClO_3 ; KClO_3
 $\text{Ca}(\text{ClO}_3)_2$; H_2O_2 (60 %)
 Fettsäure (alle Konz.)
 NaCl (alle Konz.)
 Glycerin (alle Konz.)

Tabelle 3:

Adipinsäure (wässr. Lösung)
 Borsäure (wässr. Lösung)
 Fixirbäder (für Fotozwecke)
 Glykol
 Phthalsäure (wässr. Lösung)
 Siliconöl
 Normalschmieröl L-AN DIN 51501
 Motoren- und Schmieröl DIN 51511
 Kraftfahrz.-Getriebeöl DIN 51512
 Hydrauliköl HL und HLP DIN 51524
 (Teil 1 und 2)

Tabelle 4:

Normalschmieröl L-AN DIN 51501
 Motoren- u. Schmieröl DIN 51511
 Kraftfahrz.-Getriebeöl DIN 51512
 Hydrauliköl HL und HLP DIN 51524
 (Teil 1 und 2)

Tabelle 6:

Ammonium w. L.	- bromat - bromid - chlorid - nitrat - perchlorat - phosphat - sulfat	Kalium w. L.	- fluorid - jodid - nitrat - nitrit - perchlorat - phosphat - sulfat	Natrium w. L.	- bromat - bromid - chlorat - chlorid - fluorid - nitrat - perchlorat	Schmieröle - legierte, nicht emulgierbare Silikonöl Spermöl *) Stearinsäure w. L. *) Adipinsäure w. L. *) Benzoesäure w. L. Adipinsäure w. L. Bernsteinsäure w. L. Borax w. L. Borsäure w. L. Diethylenglykol Glycerin Glykol Harnstoff (pH-Wert 5-8) w. L.
Barium w. L.	- chlorid - nitrat	Kobalt w. L.	- chlorid - nitrat	Nickel-II - chlorid - nitrat - sulfat	- phosphat - sulfat	
Calcium w. L.	- chlorid	Kunstharzdispersionen/ wässrige, pH-Werte 5 ./.. 8		Palmitinsäure w. L.) Paraffinöl Quecksilber Quecksilber - I-chlorid w. L. - II-chlorid - II-nitrat	- thiosulfat	
Ferricyankalium w. L. Ferrocyanalkalium w. L. Harnstoff-Formaldehyd-Lösung z. B. Holzleime	- nitrat - sulfat	Kupfer w. L.	- I-chlorid - II-chlorid - II-nitrat - I-sulfat - II-sulfat			Natrium - acetat - bicarbonat - perborat Phthalsäure Triethylenglykol Weinsäure *) Zitronensäure *)
Kalium w. L.	- alun - bromat - bromid - chlorat - chlorid - chromat	Magnesium w. L.	- chlorid - nitrat - sulfat			<u>Legende:</u> w. L. = wässrige Lösung +) = für technische Zwecke
		Mangan-II w. L.	- chlorid - nitrat - sulfat		Schmieröle - Grundöle unlegierte	

78420

**Qualitäts- und Melkberatungsdienst
im Rahmen der Güteverordnung Milch**

RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und
Landwirtschaft v. 31. 1. 1986 - II B 5 - 2437.6 - 5145

Hiermit wird der RdErl. d. Ministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten v. 13. 8. 1973 (SMBl. NW.
78420) mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

- MBl. NW. 1986 S. 266.

II.

Innenminister

**Anerkennung
von Tragkraftspritzen,
Feuerlöschpumpen und Feuerlöscharmaturen
für Feuerwehren**

Bek. d. Innenministers v. 31. 1. 1986 -
V B 4 - 4.424 - 4

Die Prüf- und Versuchsstelle Regensburg des Bayerischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz hat die nachstehend aufgeführten tragbaren Umfüllpumpen, tragbaren Turbotauchpumpen und Feuerlösch-Kreiselpumpen nach den Normvorschriften geprüft:

Tragbare Umfüllpumpen

Firma Wilhelm Mast KG, 7307 Aichwald 1

Explosionssgeschützte tragbare Umfüllpumpe mit Elektromotor, TUP 3-1,5, DIN 14 424

Prüf-Nr. PVR 250/1/77

Tragbare Turbotauchpumpen

Firma Prokosch Pumpen und Armaturen, 7524 Östringen

Tragbare Turbotauchpumpe TTP 8/1/8, DIN 14 426

Prüf-Nr. PVR 315/1/85

**Firma Max Widenmann GmbH, Armaturenfabrik,
7928 Giengen/Brenz**

Tragbare Turbotauchpumpe TTP 8/1/8, DIN 14 426

Prüf-Nr. PVR 316/2/85

Feuerlösch-Kreiselpumpen

Hersteller	Typ Front-/Heck- Drehrichtung	Stufenzahl Nennndrehzahl	Entlüftungs- einrichtung	Motor-Hersteller Motor-Typ	Prüfnummer
Albert Ziegler GmbH & Co. KG Giengen/Brenz	FP 8/8 Heck- rechts	2 2900	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 366	PVR 317/3/85
dito	FP 16/8 Heck- rechts	2 3440	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Daimler-Benz AG OM 366	PVR 318/4/85

Die Prüfung ergab, daß die Pumpen mit den einschlägigen Normen übereinstimmen.

In der mit Bek. d. Innenministers v. 15. 1. 1985 (MBl. NW. S. 126) veröffentlichten Aufstellung über geprüfte Feuerlösch-Kreiselpumpen und Tragkraftspritzen sind bedauerlicherweise bei vier Pumpen die Drehrichtungen falsch angegeben worden. Hierbei handelt es sich um folgende Prüfnummern:

PVR 270/18/83
PVR 275/23/83
PVR 276/24/83
PVR 277/25/83

Im folgenden werden diese Pumpen nochmals mit den richtigen Angaben komplett aufgeführt.

Hersteller	Typ Front-/Heck- Drehrichtung	Stufenzahl Nenndrehzahl	Entlüftungseinrichtung	Motor-Hersteller Motor-Typ	Prüfnummer
Albert Ziegler GmbH & Co. KG Giengen/Brenz	TS 8/8 – links	1 4100 1/min	Trockenkolbenpumpe Trokomat	Volkswagenwerk AG 122	PVR 270/18/83
IVECO-Magirus AG Ulm/Donau	TS 4/5 – links	1 3000 1/min	Handkolbenpumpe	Ilo-Motorenwerke L 372 RRT	PVR 275/23/83
dito	FP 8/8 Front- rechts	2 3150 1/min	Gasstrahler	Fiat 8340-04	PVR 276/24/83
dito	FP 16/8 Front- rechts	2 3800 1/min	Gasstrahler	Fiat 8340-04	PVR 277/25/83

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten – RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (MBI. NW. S. 2260/SMBI. NW. 2134) – werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

– MBI. NW. 1986 S. 266.

Innenminister

Bezeichnung von Unternehmen nach § 657 Abs. 1 Nr. 2 RVO

Bek. d. Innenministers v. 4. 2. 1986 –
III A 4 – 38.80.20 – 4157/85

Im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe ich im Jahr 1985 die folgenden Unternehmen, an denen Gemeinden und Gemeindeverbände allein oder überwiegend beteiligt sind, als Unternehmen im Sinne des § 657 Abs. 1 Nr. 2 RVO bezeichnet:

Lfd. Nr.	Entscheidung vom	Unternehmen	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung
1	22. 1. 1985	Gemeinnützige Gesellschaft gegen Arbeitslosigkeit mbH., Langenfeld	Rheinischer Gemein- deunfallversicherungs- verband
2	6. 3. 1985	Vermögensverwaltungsgesellschaft der Stadt Altena mbH., Altena	Gemeindeunfallversiche- rungsverband Westfalen- Lippe
3	6. 3. 1985	Vermögensverwaltungsgesellschaft der Stadt Pletten- berg mbH., Plettenberg	Gemeindeunfallversiche- rungsverband Westfalen- Lippe
4	19. 3. 1985	Bergkamener Berufsausbildungs-Gesellschaft mit be- schränkter Haftung, Bergkamen	Gemeindeunfallversiche- rungsverband Westfalen- Lippe
5	29. 3. 1985	Energiebeteiligungsgesellschaft des Märkischen Kreises und der Städte Altena, Iserlohn und Plettenberg mbH., Altena	Gemeindeunfallversiche- rungsverband Westfalen- Lippe
6	10. 4. 1985	NOWEA International Gesellschaft mbH., Düsseldorf	Eigenunfallversicherung der Stadt Düsseldorf
7	6. 5. 1985	Stern-Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH., Det- mold	Gemeindeunfallversiche- rungsverband Westfalen- Lippe
8	14. 5. 1985	Gemeinnützige Gesellschaft für außerbetriebliche Aus- bildung Ratingen mbH., Ratingen	Rheinischer Gemein- deunfallversicherungs- verband
9	31. 5. 1985	Theater und Philharmonie Essen GmbH., Essen	Eigenunfallversicherung der Stadt Essen

Lfd. Nr.	Entscheidung vom	Unternehmen	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung
10	31. 5. 1985	Jugendberufsschule Essen e. V., Essen	Eigenunfallversicherung der Stadt Essen
11	29. 7. 1985	Kapitalbeteiligungsgesellschaft für Innovationsförderung im Siegerland mbH., Siegen	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
12	27. 8. 1985	Parkstätten- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bad Oeynhausen mbH., Bad Oeynhausen	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe
13	25. 10. 1985	Kölnmusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH., Köln	Eigenunfallversicherung der Stadt Köln
14	6. 12. 1985	Wirtschaftsförderung Lippstadt GmbH., Lippstadt	Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe

- MBl. NW. 1986 S. 267.

Justizminister**Ungültigkeitserklärung
eines Amtssiegels eines Notars**

Bek. d. Justizministers v. 31. 1. 1986 - 5413 E - I B. 197

Das nachstehend näher bezeichnete Amtssiegel (Farb-drucksiegel) eines Notars ist in Verlust geraten.

Das Amtssiegel wird hiermit für ungültig erklärt.

Hinweise, die zur Auffindung des Siegels führen können, sowie Anhaltspunkte für eine unbefugte Benutzung bitte ich unmittelbar dem Präsidenten des Landgerichts Köln mitzuteilen.

Beschreibung des Amtssiegels

nicht numerierter Gummistempel mit dem Landeswappen von Nordrhein-Westfalen

Durchmesser: 35 mm

Umschrift: Dr. Günther Schotten, Notar in Köln

- MBl. NW. 1986 S. 268.

**Stellenausschreibung
für das Finanzgericht Düsseldorf**

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um

1 Stelle eines Richters/einer Richterin am Finanzgericht beim Finanzgericht Düsseldorf.

Wegen der Einstellungsvoraussetzungen wird auf das MBl. NW. Nr. 22 vom 13. 4. 1984 S. 318 hingewiesen.

Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von 2 Wochen auf dem Dienstwege einzureichen; Bewerber, die nicht im öffentlichen Dienst tätig sind, reichen ihre Bewerbung bei dem Präsidenten des Finanzgerichts Düsseldorf ein.

- MBl. NW. 1986 S. 268.

**Ausführungsbehörde für Unfallversicherung
des Landes Nordrhein-Westfalen****Bekanntmachung****Betr.: 12. Sitzung der Vertreterversammlung**

Die 12. öffentliche Sitzung der Vertreterversammlung der Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen in der 6. Wahlperiode findet am 11. April 1986 im Kurhaus-Hotel, Birkenallee 4, 4792 Bad Lippspringe, statt.

Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr

Düsseldorf, den 4. Februar 1986

Der Vorsitzende der Vertreterversammlung
Niehaus

- MBl. NW. 1986 S. 268.

2128

I.

Nichtraucherschutz in Diensträumen

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 4. 12. 1985 – V A 4 – 0394.2

In meinem RdErl. v. 31. 1. 1975 „Nichtraucherschutz in Diensträumen“ habe ich auf die Bedeutung des Schutzes der gesundheitlichen Belange von Nichtrauchern vor den Gefährdungen und Belästigungen durch Tabakrauch während der Dienstzeiten hingewiesen. Die Dienststellenleiter wurden gebeten zu prüfen, ob nichtrauchende Mitarbeiter und Besucher im jeweiligen Geschäftsbereich hinreichend vor den Gefahren des Passivrauchens geschützt sind.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 13. September 1984 – 2 C 33.82 – ausdrücklich auf diesen Erlaß Bezug genommen und den Anspruch des Nichtrauchers auf den Schutz seiner Gesundheit vor den Beeinträchtigungen durch Tabakrauch gegenüber dem Dienstherrn grundsätzlich anerkannt.

Ergebnisse neuerer Untersuchungen über die Gesundheitsgefahren des Tabakrauchs in geschlossenen Räumen geben darüber hinaus Veranlassung, die Behördenleiter erneut auf die Schutzbedürftigkeit der Nichtraucher hinzuweisen und auf die Notwendigkeit einer Erfüllung ihrer Fürsorgepflicht gemäß § 85 LBG NRW und § 618 Abs. 1 BGB gegenüber Passivrauchern aufmerksam zu machen.

Die Leiter der Behörden, Dienststellen, Gerichte und anderen Einrichtungen des Landes sind verpflichtet, unter Beteiligung der Personalvertretung zu prüfen, ob in ihrem Geschäftsbereich nichtrauchende Mitarbeiter und Besucher vor den Nachteilen und Gefahren des Passivrauchens hinreichend geschützt sind und ggf. zur Wahrung des Nichtraucherschutzes notwendige Maßnahmen zu veranlassen.

Dabei ist von folgenden Grundsätzen auszugehen:

- Raucher und Nichtraucher sind im Rahmen des Möglichen nicht in gemeinsamen Diensträumen unterzubringen. Sind die räumlichen und personellen Vorausset-

zungen dazu nicht gegeben, ist das Rauchen vom Einverständnis des im selben Dienstraum unterzubringenden Nichtrauchers abhängig zu machen.

- In Kantinen, Aufenthalts- und Pausenräumen sind geeignete Maßnahmen (z. B. getrennte Bereiche für Raucher und Nichtraucher) zum Schutz der Nichtraucher vor Tabakrauch festzulegen. Wenn dies nicht möglich ist, ist das Rauchen in diesen Räumen zu untersagen.
- In Aufzügen, Gängen mit Wartezonen für Besucher, Räumen mit Besucherverkehr, in Lehr- und Unterrichtsräumen ist das Rauchen zu untersagen.
- In Dienstfahrzeugen ist das Rauchen vom Einverständnis aller Mitfahrenden abhängig zu machen.
- Bei Sitzungen und sonstigen dienstlichen Zusammenkünften hat der Schutz der Nichtraucher Vorrang vor den Bedürfnissen der Raucher. Der Sitzungsleiter hat durch eine entsprechende Pausengestaltung für einen Ausgleich der Belange zu sorgen.

Ich bitte die kreisfreien Städte und Kreise, die Selbstverwaltungskörperschaften sowie die Träger öffentlicher und privater Einrichtungen, zum Schutz der Nichtraucher entsprechende Regelungen für ihren Bereich zu treffen.

Informationsmaterialien stehen bei den Gesundheitsämtern sowie beim Institut für Dokumentation und Information über Sozialmedizin und öffentliches Gesundheitswesen – idis –, Westerfeldstraße 15, 4890 Bielefeld, zur Verfügung.

Der Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei und allen Ministern des Landes und nach Beteiligung des Hauptpersonalrates beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales gemäß § 78 Abs. 1 Satz 2 des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1514), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GV. NW. 1985 S. 29), – SGV. NW. 2035 –.

Mein RdErl. v. 31. 1. 1975 (SMBI. NW. 2128) wird aufgehoben.

– MBI. NW. 1986 S. 269.

II.

Hinweis

Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Nr. 2 v. 15. 2. 1986

(Einzelpreis dieser Nummer 9,30 DM zuzügl. Portokosten)

Teil I – Kultusminister

Amtlicher Teil

Verwaltungsvorschriften zur Verordnung über die Ausbildung und die Prüfungen im Kolleg für Aussiedler aus osteuropäischen Ländern (Spätaussiedler) – (VVzAPO-SpA) RdErl. d. Kultusministers v. 26. 11. 1985

Nichtamtlicher Teil

Stellenausschreibungen im Geschäftsbereich des Kultusministers

Treffen Junger Liedermacher '86 vom 6. bis 10. November 1986

Wettbewerb „Erlebter Frühling 1986“

Lehrerfortbildung – Sport – durch den Westdeutschen Skiverband e. V., Skilaut alpin

Ferienlehrgang „Jazzdance für Fortgeschrittene“

Lehrgänge des Fußballverbandes Niederrhein e. V.	83
Sportfreizeiten in der Sportschule Kaiserau	83
76 Inhaltsverzeichnis des Gemeinsamen Amtsblattes – Teil II – Minister für Wissenschaft und Forschung – vom 15. Februar 1986	83
81 Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 8. bis 30. Januar 1986	83
82 Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 10. bis 28. Januar 1986	85
82 Anzeigen	
83 Kostenpflichtige Stellen- und Werbeanzeigen	86

Teil II – Minister für Wissenschaft und Forschung

Amtlicher Teil

Ordnung für die Prüfung zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse (PNDS) für ausländische Studienbewerber an der Ruhr-Universität Bochum vom 1. Dezember 1985

Zweite Satzung zur Änderung der Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Journalistik an der Universität Dortmund vom 17. Dezember 1985

Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Chemie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 17. Dezember 1985

Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Kooperative Ingenieurausbildung im Studienfach Maschinenbau (Maschinenbau, Kooperative Ingenieurausbildung) Studienrichtung Konstruktionstechnik im Fachbereich Maschinenbau und Verfahrenstechnik an der Fachhochschule Niederrhein vom 17. September 1985

97 Promotionsordnung der Fakultät für Elektrotechnik der Ruhr-Universität Bochum vom 3. Januar 1986	109
98 Richtlinien für die Bewilligung von Urlaub für wissenschaftliche und künstlerische Zwecke im Hochschulbereich. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 30. 12. 1985	112
99 Inhaltsverzeichnis des Gemeinsamen Amtsblattes – Teil I – Kultusminister – vom 15. Februar 1986	113
103 Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 8. bis 30. Januar 1986	114
Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 10. bis 28. Januar 1986	115

– MBl. NW. 1986 S. 270.

Einzelpreis dieser Nummer 9,30 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/238 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888/241, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8518-507 (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0177-3569